

1 Wie wollen Sie das Verbraucherverhalten zugunsten unserer heimischen Landwirte ändern?

Der Wunsch, wieder mehr regional erzeugte Lebensmittel zu kaufen, in der Bäckerei, der Metzgerei, auf dem Bauernhof, wächst stetig. Wir Grüne wollen die regionale Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung stärken und so dem Betriebsterben der letzten Jahre entgegenreten. Dazu gehören auch faire Wettbewerbsbedingungen gegenüber importierten Lebensmitteln. In öffentlichen Einrichtungen wie z.B. Schulen wollen wir verstärkt regionale und ökologische Produkte einsetzen. So schaffen wir Nachfrage und faire Preise. Wir wollen Regionalsiegel und Direktvermarktungen der Betriebe durch lokale Einkaufs-Apps und Regionalwerbung unterstützen und mit einer klaren Definition von regionalen Produkten für Schutz vor Betrug sorgen. Öffentliche Gelder und gezielte Beratung zum Umgang mit Auflagen und Kennzeichnungsvorschriften sollen vorrangig kleinen und mittleren bäuerlichen Betrieben zugutekommen. Forschung und Beratung zur Regionalvermarktung und für innovative und partizipative Ansätze wie Erzeuger*innengemeinschaften, solidarische Landwirtschaft oder Ernährungsräte unterstützen wir.

2 Darf es sein, dass 85% unserer Lebensmittel von einigen wenigen Discountern zu für uns Landwirte diktatorischen Preisen verkauft werden?

Wir Grüne treten für eine faire Entlohnung ein. Landwirt*innen müssen von ihrer Arbeit leben können. Wir wollen daher gegen Dumpingpreise, den Verkauf von Lebensmitteln unter Erzeugerpreis und Konzentration in der Lebensmittelbranche vorgehen und dazu die Möglichkeiten des Wettbewerbs- und Kartellrechts sowie der EU-Richtlinie gegen unlautere Handelspraktiken nutzen. Das Lieferkettengesetz der Großen Koalition enthält viele Lücken. Wir möchten mit einem tatsächlich wirksamen Lieferkettengesetz sicherstellen, das entlang der gesamten Wertschöpfungskette, also auch zwischen den Einzelhändler*innen und den Landwirt*innen, faire Handelsbeziehungen und faire Preise bestehen.

3 Wo steht die Rosenheimer Landwirtschaft Ihrer Meinung nach in der Gesellschaft in Bezug auf

- a – Ernährungssicherung**
- b – Qualität der heimischen Erzeugung**
- c - Klimaschutz**
- d – Erhalt der Kulturlandschaft**

Das ist eine Frage, die meiner Meinung nach besser durch eine wissenschaftlich geführte Umfrage beantwortet werden sollte. Eine pauschale Antwort kann ich Ihnen darauf nicht geben. In meinem direkten Umfeld würde ich allerdings alle Punkte mit gut oder sehr gut beantworten, aber mein Umfeld ernährt sich größtenteils bio, regional, vegetarisch oder vegan und gerne auch aus Betrieben der solidarischen Landwirtschaft. Das ist also im Bezug auf die Gesellschaft in Rosenheim nicht repräsentativ.

4 CO-2 Steuer – Ist es Ihrer Meinung nach gerecht, dass die Landwirtschaft als einziger Wirtschaftszweig, der CO-2 im Boden und Wald speichert, dafür nicht entlohnt wird?

Welchen Vorschlag haben Sie hier für eine überfällige Steuergesetzesänderung?

Für eine Vergütung der CO₂-Speicherung in der Landwirtschaft müsste von den Landwirt*innen individuell der Nachweis erbracht werden, dass auf dem Feld Humus

aufgebaut wird, bzw. dass das aufgeforstete Holz nicht verbrannt wird. So eine Regelung würde in meinen Augen ein wahres Bürokratiemonster werden. Eine pauschale Vergütung hingegen würde uns den Klimazielen nicht näher bringen, da eine tatsächliche Lenkungswirkung entfällt. Sinnvoller wäre meiner Meinung nach deshalb eine Überarbeitung der Subventionspolitik. Statt rein auf Fläche oder Nutztvieheinheiten zu subventionieren, müssen klimafreundliche Anpassungen oder Anbaumethoden gefördert werden. Wir Grüne denken dabei vor allem an widerstandsfähige Anbausysteme wie Agroforst oder Hecken zwischen den Feldern, vielfältige Fruchtfolgen und schonende Waldbewirtschaftung.

5 Ist die evtl. Einführung einer Vermögenssteuer bei den hohen Immobilienpreisen in der Region für Sie vertretbar?

Ziel einer Vermögenssteuer ist, Menschen mit großem Vermögen wieder stärker an der Finanzierung des Gemeinwohls zu beteiligen. Die Länder sollen die Einnahmen für die Finanzierung des Bildungssystems nutzen. Wir möchten die chronisch unterfinanzierten Schulen endlich vernünftig ausstatten und die Digitalisierung vorantreiben. Unsere Kinder brauchen geeignete Orte zum Lernen. Es geht uns Grünen bei der Vermögenssteuer nicht darum, Familien mit Eigenheim, Handwerker*innen im Familienbetrieb oder Landwirt*innen, deren Grund und Boden durch die enorme Steigerung der Grundstückspreise einen hohen theoretischen Verkaufswert besitzt, zu belasten. Deshalb werden wir zur Vermögenssteuer Ausnahmen im verfassungsrechtlich erlaubten und wirtschaftlich gebotenen Umfang einfügen.

6 Tierhaltung – Sind unsere Landwirte auf dem richtigen Weg? (Anbindehaltung, Bestandsobergrenzen)

Auch diese Frage sollte meiner Meinung nach wissenschaftlich geklärt werden. Um selbst eine Aussage treffen zu können, müsste ich eine signifikante Zahl der Betriebe im Landkreis besichtigt haben und das war mir bisher leider nicht möglich. Einladungen in Ihre Betriebe, um mir selbst ein Bild machen zu können, komme ich aber gerne nach. Für uns Grüne steht das Tierwohl an oberster Stelle. Jeder Betrieb hat jedoch individuelle Voraussetzungen und finanzielle Möglichkeiten. Deshalb ist es uns besonders wichtig, die Politik der Subventionen zu reformieren. Statt die Landwirt*innen zu zwingen, immer weiter zu wachsen und mehr Menge zu liefern, um wirtschaftlich arbeiten zu können, brauchen wir in der Tierhaltung eine Förderung der tierwohlgerechten Haltung und eine faire Bezahlung der Landwirt*innen. Um den Umstieg zu ermöglichen, möchten wir einen Tierschutz-Cent auf tierische Produkte einführen. Das so eingenommene Geld soll dann den Betrieben zugutekommen, die ihre Tiere nach hohen Tierschutzstandards halten. Mit einer verpflichtenden Haltungskennzeichnung unterstützen wir außerdem die Verbraucher*innen, im Supermarkt die richtige Entscheidung zu treffen.

7 Treten Sie für eine Änderung des Schutzstatus beim Wolf ein? In welcher unserer Landkreisgemeinden hat aus Ihrer Sicht ein Wolfsrudel Platz?

Wir haben einen gesellschaftlichen Auftrag, den Artenschutz zu sichern. Das gilt auch für den Wolf. Gleichzeitig haben wir auch den Auftrag, die Landwirtschaft zu stärken und zu stützen. Die Viehwirtschaft und insbesondere auch die Almwirtschaft gehören zu Bayern. Zugegeben, das ergibt einen Konflikt, der nicht leicht zu lösen ist und für den die beste Lösung in beidseitigem Interesse noch gefunden werden muss. Aber das geht nur im gemeinsamen Dialog. Der Wolf ist in Deutschland streng geschützt und das heißt auch,

einen günstigen Erhaltungszustand für die Art zu erreichen. An diesem Punkt sind wir aktuell noch nicht. Um mit dem Wolf vorerst umgehen zu können, setzen wir Grüne uns für eine vollständige Kostenübernahme für Herdenschutzmaßnahmen wie Zäune, Behütung sowie Anschaffung und Unterhalt von Herdenschutzhunden ein.

8 Flächenverbrauch – Allgemein bei Ausweisung von Bauland, Straßenbau, Gewerbe - Speziell jetzt beim geplanten Zulauf zum BBT. Welche Lösungsansätze sehen Sie?

Die Reduktion des Flächenverbrauchs bei der Siedlungsentwicklung spielt eine zentrale Rolle beim Natur- und Artenschutz. Innenentwicklung, Nachverdichtung und flächensparendes Bauen müssen gefördert werden. Nicht mehr benötigte versiegelte Flächen sollen wieder renaturiert werden statt brach zu liegen. Es muss künftig mehr hoch als breit gebaut werden. Das Autobahnnetz in Deutschland ist ausreichend entwickelt, einen weiteren Ausbau lehne ich daher ab. Beim Brennergordzulauf setze ich mich für einen möglichst hohen Tunnelanteil ein, um die Landschaft zu schonen und den Flächenverbrauch zu minimieren. Kommunen versuchen oft, den eigenen Haushalt durch Ausweisung neuer Gewerbegebiete zu sanieren. Dort werden dann riesige Flächen für eine Kombination aus Supermarkt, Discounter und Drogerie samt zugehörigen Parkplätzen versiegelt. Diese Praxis soll überwunden werden, indem die Gemeinden für ihre Aufgaben eine ausreichende Finanzierung erhalten.